

Wahlen 2015

Überraschende Überflieger

Sie sind zwei unerwartete neue Gesichter im Nationalrat: Sibel Arslan (Grüne) und Erich Hess (SVP). Beide politisieren so eigenwillig, dass wenige an ihren Wahlsieg glaubten.



Wurde vom Basler Staatsschutz fichiert: Sibel Arslan. Foto: Christian Nilson (13 Photo)

Sibel Arslan

Eine, die kämpfen will

Alan Cassidy

Das Plakat hing in Weil am Rhein, der deutschen Grenzstadt, in die Basler am Wochenende mit dem Tram fahren, um günstig einzukaufen. Es war das Schaufenster eines kurdischen Lebensmittel Ladens, und kurdisch war auch der Wahlauftrag für Sibel Arslan, 35 Jahre alt, geboren in Erzincan, im Hochland Ostanatoliens. Er hat sich ausbezahlt.

Am Sonntag feierten die linksgrünen Parteien im Kanton Basel-Stadt, was sie sonst fast nirgendwo feiern konnten: einen erfolgreichen Wahltag. Die meisten Stimmen holte dabei die SP, doch die eigentliche Siegerin war Arslan von der Ökopartei BastA. Dank der linken Listenverbindung eroberte sie den Nationalratsitz zurück, der vor vier Jahren an die CVP gegangen war. Arslan war das andere, das überraschende Gesicht dieses Wahlsonntags: jung, links, weiblich, urban - und mit ausländischen Wurzeln.

In Bern wird die Grüne die erste Nationalrätin mit einem türkisch-kurdischen Hintergrund sein. Nicht nur deshalb ist ihre Wahl erstaunlich. Sie folgte auf das, was in Basel im Frühjahr als «Affäre Arslan» bekannt wurde. Arslan stand davor, eine Kaderstelle in der Verwaltung des Kantons Baselland anzutreten, als die «Basler Zeitung» private Schulden der Juristin thematisierte. Nach einer tagelangen Kampagne liess sie der grüne Baslerbieter Regierungsrat Isaac Reber fallen. Ihre berufliche Zukunft schien verbaut - die politische ebenso. Und nun der Einzug ins nationale Parlament. Er ist ein Sieg über ihre Kritiker, eine «Provokation für den erzkonservativen Kern der Stadt Basel», wie es die «Tageswoche» nennt. Als (unfreiwillige) Wahlhelferin sieht sich die «Basler Zeitung» offenbar selbst: «Arslan profitierte in hohem Masse von der Berichterstattung der BaZ», schrieb ein Kommentator der Zeitung am Dienstag.

Arslans Wahl ist aber auch ein Sieg für die grosse türkisch-kurdische Ge-

meinschaft, die in Basel zwar einige Kantonspolitiker hervorgebracht hat, aber eben noch niemanden auf nationaler Ebene. Als Arslan in die Schweiz kam, war sie elf Jahre alt; sie wuchs im Kleinbasel auf, einem Stadtteil mit vielen Ausländern. Seit 2005 ist sie Mitglied des Grossen Rats, seit diesem Sommer führt sie die grüne Fraktion. «Mich erstaunt, dass es für viele überhaupt noch eine grosse Sache ist, dass jemand mit Migrationshintergrund Politik macht», sagt Arslan. «Das müsste längst selbstverständlich sein.»

In der Basler Politik tritt Arslan forsch auf, bei vielen Bürgerlichen ist sie wenig beliebt - doch es gibt auch andere Stimmen. «Sie ist keine, die sich für politische Zwecke verbiegt», sagt SVP-Grossrat Joël Thüring. «Sibel fing hier bei null an und hat mit ihrer direkten Art viel erreicht. Das ist bewundernswert.»

Für Stimmrecht ab 16 Jahren

Etwas erreichen will Arslan nun im Nationalrat. «Das Parlament repräsentiert die Gesamtbevölkerung nicht», sagt sie. «Kein Wunder, interessieren sich viele Menschen nicht für Politik.» Demokratie heisse, möglichst alle zu beteiligen, die von Politik betroffen seien. Sie werde sich für ein Stimmrecht ab 16 Jahren und für Ausländer einsetzen - und für eine einfachere Einbürgerungspraxis. «Jeder, der hier geboren wurde, sollte automatisch das Schweizer Bürgerrecht erhalten.» Die Einbürgerungsfristen müssten kürzer werden, die Gebühren sinken.

Auf das Migrationsthema will Arslan aber nicht reduziert werden. «Ich wurde gewählt, weil ich eine pointierte, linke Politik mache.» Kämpfen wolle sie, die vor einigen Jahren selbst vom Basler Staatsschutz fichiert wurde, gegen eine Einschränkung der Grundrechte. «Vorhaben wie das neue Nachrichtendienstgesetz sind inakzeptabel.»

Beliebt machen: Das wird sie sich auch in Bern nicht nur.



«Nicht der Ruf ist wichtig, sondern eine klare Linie», sagt Erich Hess. Foto: Adrian Moser

Erich Hess

Aufmerksamkeit um jeden Preis

Adrian M. Moser

Wenn Erich Hess lacht, bekommt man den Eindruck, er könne keiner Fliege etwas zuleide tun. Die Wangengrübchen, die wachen Augen, die Igelfrisur: Der Mann, der da sitzt, ist ein Lausub. Einer, der immer grinst, entweder über das, was er tut, über die Wirkung dessen, was er tat, oder über den Tadel, den er sich eingehandelt hat. Ein Lausub, der nie überrascht ist von den Reaktionen auf seine Streiche, einer, der weiss, was er auslösen will - auch dann, wenn er Einwanderer mit Ameisen vergleicht oder eingebürgerte Parlamentarier ihres Akzents wegen beleidigt.

Hess konnte am späten Sonntagabend den mit Abstand grössten Erfolg seiner Karriere feiern: Das bernische Stimmvolk hat den 34-Jährigen in den Nationalrat gewählt - vorbei an bekannten SVP-Vertretern. Am Tag danach sitzt Hess im Restaurant Parlament in Bern und versucht, Worte zu finden für das, was geschehen ist. «Ich habe nicht damit gerechnet», sagt er. «Es ist überwältigend.»

Der Ruf von Erich Hess reicht weit, man kennt ihn in der Schweiz und sogar in Deutschland. Dennoch hat ihm die Wahl kaum jemand zugetraut. Der Grund ist auch die Ursache für seine Bekanntheit: Gibt man auf Youtube seinen Namen ein, findet man eine Reihe von Videos, die vor Peinlichkeit strotzen. Am meisten Aufmerksamkeit hat ein Beitrag der «Heute-Show» erlangt, dem Satiremagazin des ZDF: Der Komiker Ralf Kabelka mimte den Reporter und forderte Hess auf, über «seine Themen» zu reden. Während Hess tat wie geheissen, bohrte Kabelka in der Nase, ging auf die Toilette und gestikuliert vulgär in die Kamera. Hess schien nicht zu bemerken, dass er reingelegt wird. Deutschland lachte, Hess' Bekanntheit stieg.

Hess gibt auf solchen Videos ein unvorteilhaftes Bild ab. Doch es gelingt ihm - und das ist seine grosse Stärke -, aus

den Peinlichkeiten Profit zu schlagen. «Nicht der Ruf eines Politikers ist wichtig», sagt Hess, «sondern, dass er eine klare Linie hat.» Man könnte auch sagen: Aufmerksamkeit um jeden Preis, selbst wenn der Preis die eigene Würde ist.

Genervt über alles

Hess ist im Emmental aufgewachsen und in einer «sehr behüteten Familie sehr gut erzogen worden». Nach der Schule machte er eine Lehre als Lastwagenfahrer in dem Betrieb, für den er noch heute arbeitet. Mit 16 trat er der SVP bei. «Alles hat mich aufgeregt, alles wollte in die EU.» Hess wollte etwas tun. Erstmals engagiert hat er sich ein Jahr später, 1998, gegen die Einführung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe. Den grössten Erfolg feierte Hess vor zwei Jahren, als er im Kanton Bern praktisch alleine die Initiative «Keine Einbürgerung von Verbrechern und Sozialhilfeempfängern!» durchbrachte. Plötzlich musste man ihn ernst nehmen.

Mit der Initiative kopierte er im Grossen, was er im Stadt- und Kantonsparlament mit Erfolg praktizierte: Er ging bis an die Grenze des Zulässigen - und noch einen Schritt weiter. Der Regierungsrat hatte den Text der Initiative für teilweise verfassungswidrig befunden, trotzdem ist er nun in Kraft. Im Berner Lokalparlament überschritt er die Grenze zum Beispiel dann, als er den dunkelhäutigen Parlamentarier Mess Barry während dessen Votum mit unflätigen Zwischenrufen bedachte. Der Parlamentspräsident, sein Parteikollege, wies ihn zu recht. Die Linken verliessen den Saal. Hess, der Lausub, lehnte sich zurück, grinste. Ob er sich im Nationalrat massigen werde? «Auf keinen Fall», sagt Hess. «Ich werde meiner Linie treu bleiben.»



Datenblog Wer die extremsten Positionen vertritt

extreme.tagesanzeiger.ch

Gericht stoppt Armee-Einkäufer

Die Armee muss den Kauf von Warnblitzleuchten neu aufrollen, sagt das Bundesverwaltungsgericht. Die Wettbewerbskommission hat Ermittlungen eingeleitet.

Christian Brännimann

Bern

Das Urteil hat Seltenheitswert: Es kommt nicht häufig vor, dass eine Firma eine Auftragsvergabe des Bundes anfecht. Zu gross ist die Angst vor einer Benachteiligung bei künftigen Aufträgen. Noch seltener ist es, dass die Richter zugunsten der Firma entscheiden und das Geschäft stoppen. Genau das ist jetzt bei einer Vergabe von Armasuisse, der Einkaufsstelle der Armee, eingetreten.

Konkret geht es um die Beschaffung von tragbaren Warnblitzleuchten, die dazu verwendet werden, den Verkehr zu regeln. Für rund 1,3 Millionen Franken bestellte Armasuisse letzten Februar gut 15 000 solcher Leuchten bei einer Schweizer Firma. Im Wettbewerb ausgeschrieben war der Auftrag nicht. Armasuisse berief sich auf eine Ausnahmeklausel, die eine freihändige Vergabe erlaubt.

Dagegen setzte sich die Dähler Verkehrstechnik AG, Pratteln, zur Wehr. Sie reichte beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde ein. Dabei argumentierte sie, sie könne eine Lösung anbieten, die «funktional und wirtschaftlich eine bessere Alternative darstelle». Die Leuchte sei ein handelsübliches Produkt, das in der Schweiz und in Europa von verschiedenen Anbietern vertrieben werde. Deshalb seien die Voraussetzungen für eine freihändige Vergabe nicht gegeben.

Mängel bei Armasuisse

Das Gericht hat nun die Beschwerde in weiten Teilen gutgeheissen und den Zuschlag aufgehoben. Das Urteil weist auf gröbere Mängel bei Armasuisse hin. Aus den ihren Ausführungen und Belegen ergebe sich nicht, «dass sie sich überhaupt mit der Frage auseinandergesetzt hat, ob die Voraussetzungen für eine freihändige Vergabe erfüllt seien oder nicht», steht darin zu lesen. Es könne daher auch nicht überprüft werden, ob Armasuisse «in unzulässiger Weise bereits vollständig auf ein einzelnes Produkt fixiert war».

Armasuisse machte etwa geltend, die gewählte Lieferantin verfüge in der Schweiz über die Exklusivrechte für den Vertrieb der Leuchte. Die Dähler AG hingegen führte aus, dass sie die Leuchte auch via polnischen Distributor beschaffen könne. Im Laufe des Gerichtsverfahrens mischte sich allerdings der australische Hersteller ein und unterband einen entsprechenden Parallelimport vorsorglich. Deshalb wurde nun auch die Wettbewerbskommission aktiv. Sie habe Abklärungen aufgenommen, sagt ein Sprecher. Zur Diskussion steht ein möglicher Verstoß gegen das Kartellgesetz. Das Gesetz stellt Abreden über fixe Gebietszuweisungen für Distributoren unter Strafe, wenn dabei gebietsfremde Distributoren ausgeschlossen werden.

Nachrichten

Atomkraftwerk

Undichte Stelle in Leibstadt kostet Betreiber Millionen

Das Atomkraftwerk Leibstadt bleibt weiterhin vom Netz; dies teilen die Betreiber auf Anfrage mit. Es läuft seit Samstagmorgen nicht mehr. Wie lange Leibstadt keinen Strom produziert, kann die Betreiberfirma nicht sagen. Die Abschaltung kostet sie 1,3 Millionen Franken pro Tag. Dieser Betrag entspricht den Betriebskosten, die sowieso anfallen - selbst wenn der Meiler stillsteht. (sth)

Luftpolizei

Russland rügt die Schweiz wegen Kontrolle

Die Kontrolle eines russischen Passagierflugzeugs durch eine F/A-18 hat für die Schweiz ein kleines diplomatisches Nachspiel. Beim Botschafter in Moskau ging eine Protestnote des russischen Auswenministeriums ein. Man habe beim Schweizer Diplomaten heftige Kritik über den Vorfall geäussert, teilte das russische Ministerium gestern mit. (SDA)